

Aktivenbericht über die 26. Würzburger KV-Tage:

„Das Unmögliche mal denken!“

noch andere Bundes- und Kartellbrüder unter der durchzechten Nacht zu leiden hatten.

Zum Jammern und Lamentieren blieb nicht allzuviel Zeit, denn schon wartete auf uns der nächste Programmpunkt. Prof. Dr. Max Wingen, Mitglied des Präsidiums des Familienbundes der deutschen Katholiken, referierte über „Die Familie als Verlierer im Sozialstaat?“.

Nach kurzer Pause trafen wir uns wieder im Kneipsaal zu dem Vortrag von Kb Prälat Heinrich Festing (Ttg), Generalpräses des Kolpingwerkes zum Thema „Ist unser soziales Engagement ausreichend?“ Anhand von Zahlen wurden den Zuhörern die Projekte und Aktivitäten des Kolpingwerkes nahegebracht. Für das Kolpingwerk läßt sich sagen, daß es sehr großes soziales Engagement zeigt, aber was ich und auch andere vermißt haben, ist eine Antwort auf die Frage: Was ist mit uns und anderen sozialen Einrichtungen? Leider konnte diese Frage nicht geklärt werden, denn aufgrund der weit fortgeschrittenen Zeit — die Heilige Messe im „Käppele“ stand auf dem Programm — mußte die Diskussion entfallen.

Nach gemeinsamem Mittagessen, dessen Einnahme mich an die amerikanischen Fast-Food-Ketten erinnerte, brausten wir in aller Eile quer durch Würzburg, um die Residenz besichtigen zu können. Ich glaube, daß es keiner der Teilnehmer bereut hat, der Führung durch diese wunderbaren Räume (mit einer überaus witzigen Führerin) beizuwohnen.

Und schon ging der „Vortragsmarathon“ weiter, wobei sich aber ein Problem noch deutlicher zeigte: der große Zeitverzug. „Leben wir über unsere Verhältnisse?“ — eine Antwort darauf versuchte uns Karl Nothof, Vorsitzender des Bundesverbandes der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung zu geben. Leider blieben auch hier, zum Bedauern einiger Anwesender, viele Fragen unbeantwortet.

Direkt im Anschluß daran folgte nun der für alle wahrscheinlich interessanteste Teil des ganzen Wochenendes: die Podiumsdiskussion mit den Tagungsteilnehmern unter dem Motto: „Entmündigung der Bürger durch den Sozialstaat?“ Gräfin G. Plettenberg, Karl Nothof, Willibert Kurt und Matthias Möhring-Hesse stellten sich der Diskussion, dessen Moderation Martin Lohmann, stv. Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, innehatte. Leider hatte auch diese Runde wieder mit dem alten Problem zu kämpfen, das uns schon den

ganzen Tag verfolgte — die fortgeschrittene Zeit. Aus diesem Grund konnte auch hier das Plenum kaum in die Diskussion miteinbezogen werden. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß alle im Grunde genommen mit denselben Begriffen arbeiteten, aber diese mit anderen Inhalten füllten. Schlagworte waren z. B. „Eigeninitiative“, „Solidarität“, „neue, unkomplizierte Wege gehen“, „Eigenverantwortung“. Das Abendprogramm stellte alle Teilnehmer der KV-Tage vor eine neue Schwierigkeit: Sollte man nun auf dem Haus der Normannia bleiben, lieber auf das Haus der Walhalla gehen oder vielleicht doch das „Nachtleben“ in Würzburg testen? Der Schreiber entschied sich jedenfalls für letz-

Wege zu beschreiten. „Das Unmögliche mal denken“, so Klaus Gierse. Junge Leute müssen neue, andere Wege gehen, Eigeninitiative zeigen und sie dürfen nicht zurückschrecken, sondern müssen es immer wieder von Neuem versuchen.

Die 27. Würzburger KV-Tage werden vom 10. — 12. Januar 1997 stattfinden. Über die Unterbringung gab es noch keine konkreten Vorschläge, während ein Grundthema schon feststeht. Es geht um unser Verhältnis zu den Juden und dem Judentum. Nun bin ich schon zum dritten Mal bei den Würzburger KV-Tagen dabeigewesen, aber noch nie habe ich sie so erlebt wie dieses Jahr. Dadurch, daß wir ständig zwischen zwei Häusern hin und her pendelten, kam



KVer in Würzburg: Gespannte Aufmerksamkeit.

teres. Später erfuhr er von einer Spontankneipe auf dem Haus der Normannia, der er gerne beigewohnt hätte. Eines stand auf jeden Fall fest, ab 1.00 Uhr ging das Feiern wieder auf dem Jugendgästehaus weiter — und das bis in den frühen Morgen.

Und dieser Morgen sollte für alle eine böse Überraschung bereithalten: über Nacht hatte sich Glatteis gebildet, und so wurde der morgendliche Spaziergang zum „Walhallanenhäus“ ein „Schlittschuhlaufen“ über vereiste Straßen. Im Abschlusssgespräch am Sonntagmorgen zogen alle, die noch anwesend waren, Bilanz über die letzten Tage. Der Leiter der Würzburger KV-Tage, Kb Klaus Gierse, gab den Alten Herren mit auf den Weg, daß sie die Aktiven ermuntern und befähigen sollten, die neuen

es zu einer vermehrten Durchmischung von jung und alt. Leider verloren wir aber durch die ständigen Ortswechsel sehr viel Zeit, was sich negativ auf die Vorträge und Diskussionen auswirkte. Die Organisatoren gelobten Besserung, und Kb Klaus Gierse dankte allen, die ihm bei der Planung und Durchführung hilfreich zur Seite standen. Wer mich besonders beeindruckt hat, war der Älteste im KV, Kb Fred Krämer, von Normannia Würzburg, der es sich nicht nehmen ließ, an nahezu allen Veranstaltungen teilzunehmen. Für mich ist er ein großes Vorbild. Und noch einem möchte ich hier an dieser Stelle besonders danken: Kb Klaus Gierse, denn ohne sein Engagement wären die Würzburger KV-Tage in dieser Form nicht möglich.

Markus Hauenschild, Ma

Fortsetzung von S. 4

Die Sozialleistungsquote betrug 1975 — 33,7 Prozent; 1992 für das vereinte Deutschland — 33,1 Prozent und für den Bereich der alten Bundesländer — 30 Prozent.

Nimmt man allerdings die Haushalte der Länder und Gemeinden dazu, erhöhen sich die Zahlen wesentlich. Allein die Ausgabenbelastung, d. h. der Anteil der Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge am Bruttosozialprodukt, betrug 1994 rund 44 Prozent. Hier liegt auch eine der Ursachen für die zunehmende Verweigerungshaltung der Steuer- und Beitragszahler. Die Starken organisieren sich gegen die Schwachen.

- Die Probleme zeigen, daß eine Überprüfung mit Erneuerung oder Umbau des Sozialstaates notwendig ist. Umbau des Sozialstaates darf aber nicht den Abbau des Sozialstaates bedeuten. Ganz im Gegenteil. Wir brauchen jetzt und in der Zukunft nicht weniger, sondern mehr Solidarität der Starken mit den Schwachen.

- Der Umbau des Sozialstaates muß zum Ziel haben, da, wo Mängel vorliegen, Verbesserungen zu erreichen, und da, wo überhöhte oder gar ungerechte Ansprüche deutlich werden, abzubauen und zu begrenzen. Hauptaufgabe beim Umbau ist, die notwendigen sozialen Leistungen zu sichern, gerechter zu verteilen, ohne automatisch damit eine Ausdehnung zu verbinden.

- Der Umbau des Sozialstaates kann jedenfalls nicht bedeuten, die jetzigen Sozialleistungen mit der Rasenmähermethode zu kürzen, wie das z. B. beim Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Unterhaltsgeld und der Arbeitslosenhilfe geschehen ist und gleichzeitig die Spitzensteuersätze für hohe Einkommensbereiche zu senken. Der Umbau des Sozialstaates muß beinhalten, daß die Leistungen für die sozial Schwächsten z. B. für einkommensschwache Mehrkinderfamilien und Alleinerziehende, Arbeitslose und besonders Langzeitarbeitslose sowie Obdachlose von Kürzungen ausgenommen bleiben.

4. Die Gestaltung des Sozialstaates kann nur nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgen, wonach zwar die größere Einheit und der Staat nicht tun darf, was die einzelnen und die kleinere Einheit selbst tun können, aber andererseits die größere Einheit und der Staat alles tun müssen, damit die einzelnen und die kleinere Einheit in die Lage versetzt werden, sich selbst helfen zu können.

Aufgabe des Staates ist also, die Rahmenbedingungen zu garantieren, die es den einzelnen ermöglichen, aus eigener Kraft für ihre Existenzsicherung zu sorgen. Dazu gehören z. B.:

- Sicherung der beruflichen Ausbildung.
- Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Verbesserung der sozialen Sicherung kindererziehender Elternteile sowie der pflegenden Familienmitglieder.
- Freistellung des Existenzminimums von der Besteuerung, wie vom Bundesverfassungsgericht verlangt.

5. Die hohe Arbeitslosigkeit zu beseitigen, muß wichtiges Ziel sein. Es gibt dafür kein Patentrezept, aber sie ist überwindbar. Notwendig ist die Umsetzung der in der kirchlichen Soziallehre aufgezeigten Strategie für eine globale Beschäftigungspolitik, die dem Staat die Letztverantwortung für einen wirtschaftlichen Gesamtplan zuweist.

Unsere Kirche nennt in ihren Aussagen die Arbeit „ein Gut für den Menschen und sein Menschsein“ und sieht in ihr den „Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage“ (Laborem exercens). Vollbeschäftigung ist aber auch eine unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung sozialer Grundrechte. Arbeitslosigkeit kann nicht mehr individuell begründet werden mit Faulheit oder mangelnder beruflicher Tüchtigkeit der Betroffenen. Von der hohen Arbeitslosigkeit betroffen sind heute hoch qualifizierte Frauen und Männer aus dem akademischen Bereich genauso wie aus allen anderen Berufsgruppen. Arbeitslosigkeit ist also ein gesellschaftliches Problem, das nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten gelöst werden kann. Der Einzelne ist genauso gefordert wie die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, der Staat in Bund, Ländern und Kommunen. Dazu gehören Arbeitszeitverkürzungen, aber auch neue Regelungen der Arbeitsabläufe und der Betriebszeiten sowie eine flexiblere Gestaltung der Kindergarten- und Schulzeiten mit der Schaffung neuer Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

- Solange Menschen bei uns arbeitslos sind, darf es z. B. keine Finanzierungsprobleme für sinnvolle Projekte regionaler Wirtschaftsförderung sowie für bezahlte Familienarbeit, Freistellung für Erziehung und Pflege sowie Bildung geben. Ebenso bieten sich im Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik neue arbeitsmarktpolitische Chancen.

Als Mittel dazu schlagen wir einen „Stabilitätspakt zwischen Tarifparteien, Bundesregierung, Bundesbank und der neuen Bundesanstalt für Arbeit und Beschäftigung“ vor, der die Verwirklichung aller im Stabilitätsgesetz enthaltenen gesamtwirtschaftlichen Ziele garantiert. Das sind: Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung.

Dabei dürfen wir die verantwortlichen Frauen und Männer in der Politik nicht allein lassen. Durch die Schaffung eines Netzwerkes mit betroffenen Menschen und allen gesellschaftlichen Kräften auf regionaler Ebene gilt es, den Ideenreichtum zu mobilisieren und mit wirtschaftlichem Sachverstand zu koppeln. Dies kann langfristig zu einer Stärkung der Beschäftigungsangebote auch auf regionaler und kommunaler Ebene führen.

6. Für die Zukunft geht es darum, die vorhandenen Mittel so aufzuteilen, daß der Abstand zwischen arm und reich nicht noch größer wird. Nur so kann der soziale Friede in unserem Land gesichert werden.

„Soziale Gerechtigkeit verlangt, daß niemand, auch keine Gruppe, aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Das heißt, daß diejenigen, die nicht in der Lage sind, eine eigene ausreichende Arbeitsleistung zur Wirtschaft beizusteuern, von der Gesellschaft so viel erhalten, daß sie menschenwürdig leben können. Dabei ist darauf zu achten, daß dadurch nicht eine falsche Bequemlichkeit Platz greift, die das notwendige Arbeitsethos in der Gesellschaft aushöhlt. Das Miteinander und die Interdependenz am sozialen und wirtschaftlichen System ist entscheidender Grundgedanke einer Sozialen Marktwirtschaft. Von einer Sozialen Marktwirtschaft muß eine hohe Sozialverträglichkeit des Wirtschaftens erwartet werden. Sie muß mit dem ‚Menschen wie er ist‘ rechnen, d. h. auch für die Leistungsgeminderten, den Schwachen, den Langsamen und im privaten Bereich Belasteten einen Platz haben. Die Wirtschaft ist für den Menschen da. Es ist der Mensch, der in ihrem Mittelpunkt steht. Sie muß aus diesem Grunde menschenge-

„Die Alternative des Evangeliums“



Im Verlag Herder (Freiburg) ist jetzt ein Buch mit dem oben angegebenen Titel erschienen, in dem Klaus F. Feiter „wesentliche Orientierungen“ zu gesellschaftlichen Fragen unseres 1994 verstorbenen Kartellbruders Klaus Hemmerle, Bischof von Aachen, gesammelt hat (357 S.,

58,— DM). Christlicher Glaube vollzog sich für Kb Hemmerle nicht in einem Ghetto, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Sie war dem Bischof von Aachen der Ort der Kirche und eine stete Herausforderung für sein Denken und Tun. Als Seelsorger und Theologe versuchte er, gerade in diesem Raum Wegweiser des Handelns in einer oft weglassen Zeit vorzuschlagen. Es bleibt sein Vermächtnis, die „Alternative des Evangeliums“ in die Lebenswirklichkeit des Heute einzutragen.

maß geordnet sein. Es muß deutlich sein, daß der Mensch und seine Arbeit mehr sind als das Kapital. Ein Ungleichgewicht zwischen Sozialsystem und Wirtschaftssystem gefährdet grundsätzlich beide Teile." (Entwurf „Gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“, Fassung vom 25. 8. 1994.)

Für den notwendigen Umbau des Sozialstaates, orientiert an diesen Vorgaben, gibt es kein Patentrezept. Mehrere Wege gleichzeitig müssen in einem Konzept gesellschaftlicher Solidarität aufeinander abgestimmt werden. Dabei erhält die Arbeitsmarktpolitik eine Schlüsselrolle.

Notwendig ist u. a.:

- Eine vielgestaltige Beschäftigungspolitik, mit einem öffentlich geförderten, sogenannten „Zweiten Arbeitsmarkt“, der mit dem regulären Arbeitsmarkt verbunden, tarifvertraglich abgesichert ist und den Übergang zur regulären Erwerbsarbeit ermöglicht und absichert.
- Arbeitszeitverkürzung in vielfältigen Formen mit familienfreundlichen Arbeitszeiten.
- Ein neues Steuersystem, welches die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes umsetzt.
- Ein Sozialleistungssystem, das „armutsicher“ ist.
- Eine Ausweitung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus, der den Mangel an bezahlbaren Wohnungen beseitigt.
- Der Abbau an Privilegien wie z. B. die Besteuerung von Grundvermögen nach dem Einheitswert oder des Ehegattensplittings.
- Die stärkere Einbeziehung der kapitalintensiven Unternehmen in die Finanzierung unseres sozialen Sicherungssystems. Reizworte dafür sind Maschinensteuer oder Wertschöpfungsabgabe.

Wir brauchen so etwas wie einen „Gesellschaftsvertrag“ zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern mit der Verpflichtung aller, die vorhandene gesplante Gesellschaft, unter Einbringung des persönlichen Leistungsvermögens, zu überwinden. Dazu sind öffentliche Meinungs- und Willensprozesse notwendig. Als Christen können und müssen wir dazu unseren Beitrag leisten, sei es in Akademien, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien, in der sozialen Selbstverwaltung und in den verschiedenen Parlamenten.

„Um des sozialen Friedens willen muß der Sozialstaat verteidigt werden, denn die Schwachen brauchen einen starken Staat, also einen Sozialstaat, sonst wird auf die staatliche Einheit soziale Spaltung folgen, und das müssen wir miteinander verhindern!“ (Wolfgang Thierse am 20. 11. 1993 in der Vollversammlung des Zdk)

Max Wingen:

Die Familie im Umbau des Sozialstaats



Prof. Dr. Max Wingen ist Mitglied des Präsidiums des Familienbundes der deutschen Katholiken. Die wesentlichen Teile seiner Ausführungen können in der

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament unter dem Titel „Familienpolitik als Gesellschaftsreform“ (B 52—53/95 vom 22. Dezember 1995) nachgelesen werden. Hier nur ein kurzer Auszug.

Familienpolitisch akzentuierte Schritte einer Gesellschaftsreform hat es auch bisher schon gegeben. Hervorgehoben sei nur die Zuordnung von Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und die bis dahin keineswegs selbstverständliche grundlegende Neuerung der Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, wodurch die prinzipielle Ebenbürtigkeit von monetären Beitragszahlungen und Aufziehen von Kindern anerkannt wurde. Ob man das diesbezügliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1992 nun als „sozialpolitische Revolution“ (J. Borchert), als „stille Revolution“ (A. Rollinger) oder als Einleitung einer baldigen „sozialpolitischen Evolution“ (J. Pechstein) bezeichnen möchte — eine Konsequente, wenn auch schrittweise familienpolitische Kurskorrektur dürfte jedenfalls auch auf die Tagesordnung der Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung gerückt sein. So baut der eine Reformbaustein auf dem anderen auf.

Diese Reformschritte gilt es konsequent fortzusetzen. Dabei wird es insgesamt darauf ankommen, gesellschaftliche Strukturen im geeinten Deutschland zu begünstigen, die Tendenzen eines ungebremsen Individualismus, einer möglichst bindungslosen Autonomie und einer einseitigen (ökonomischen) Rationalität zurückzudrängen. Die ökonomischen Zwänge der Wirtschaft dürfen nicht in den Lebensbereich der Familie in einer Weise „überschwapen“, daß sie dort zerstörend wirken. Familie darf nicht vorrangig nach den Gesetzmäßigkeiten des wirtschaftlichen Geschehens organisiert werden. Familienpolitik als Gesellschaftsreform hat so gese-

hen auch die Aufgabe, der Gefahr vorzubeugen, daß die ökonomische Rationalität sich über den engeren Bereich des Wirtschaftlichen hinaus in die sozialen Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens ausweitet. Dadurch käme es zu einem „Überwuchern“ seitens der ökonomischen Denkweise und damit zu einer Gefährdung der sozialen Grundlagen des wirtschaftlichen Wohlstands und Fortschritts.

Die angemessene Berücksichtigung von Familienbelangen in unserer Sozialordnung umfaßt, auch dies dürfte deutlich geworden sein, mehr als Korrekturen in der Einkommensverteilung. Gleichwohl geht es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gerade auch um eine grundlegende Neu- und Höherbewertung der langfristigen Übernahme von Elternverantwortung in der Verteilungsordnung.

Nicht problemangemessen wäre es, den außerökonomischen und den einkommenspolitischen Politikansatz gegeneinander auszuspielen. Ein Denken in „Alternativtrappen“ müßte in eine Sackgasse führen. Junge Erwachsene, die sich auf das Wagnis der langfristigen Partnerschaft einlassen, wünschen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit auch Kinder, oft sogar mehr als nur ein Kind. Dies liegt auf der Linie des „Eurobarometers“: Wenn man ihm glauben darf, bleibt die Familie ein „Schlüsselwert“ der Europäer. Junge Menschen, die vor und in dem Prozeß der Familienbildung stehen, legen freilich zu Recht Wert auf ein gewisses Maß an Lebens- und Zu-



Aus „Psychologie heute“, März 1996.